

Entwicklungshilfезusammenarbeit

Gremium	Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich
Funktionsperiode	XIII. Generalsynode
Session	4. Session
Beschlussdatum	7. November 2009, Salzburg
ABL. Nr.	183/2009

Die Generalsynode der Evangelischen Kirche A. und H.B. in Österreich fordert die Österreichische Bundesregierung auf, die übernommene Verpflichtung, bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Mittel der EZA zur Verfügung zu stellen, einzuhalten.

Begründung:

Seit sich Österreich 1972 bei der UNO-Vollversammlung mit anderen Staaten bereit erklärt hat, das Budget der EZA auf 0,7% BNE anzuheben, hat sich unsere Regierung mindestens 20 mal auf die Steigerung der Mittel verpflichtet. Schon 2002 wurde auf der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, Mexiko, ein Stufenplan gefordert, um diese Ziele zu verwirklichen. Im Mai 2005 beschloss der einschlägige EU-MinisterInnenrat verbindlich, bis 2010 mindestens 0,51% BNE zu erreichen und bis 2015 mindestens 0,7%. Außenminister Spindelegger bekennt sich auch in dieser schwierigen Zeit dazu, ebenso das neue Regierungsprogramm. Darin wird allerdings das gesamte Kapitel der EZA unter einen „Budgetvorbehalt“ gestellt und die beiden Ziele 0,51% und 0,7% als „schwierig“ bezeichnet. Die Budgetverhandlungen beginnen im Jänner; jetzt ist also die Zeit, tätig zu werden.

Österreich ist das viertreichste Land der EU und das siebtreichste Land weltweit. Bis 2004 war Österreich mit rund 0,25% BNE bezüglich EZA Schlusslicht der europäischen Länder vor Griechenland und Italien. In den letzten drei Jahren stiegen die Leistungen auf gegen 0,50%, aber nur auf Grund der Geltendmachung von Entschuldungsmaßnahmen als EZA-Mittel (besonders für den Irak). Diese laufen mit Jahresende 2008 aus; Österreich muss daher ab 2009 neue Geldmittel einsetzen, um bis 2010 auf 0,51% BNE zu gelangen (im Jahr 2007 waren es etwa 1,324 Milliarden Euro, nur ein kleiner Teil davon fließt in Projekte).

Seit vielen Jahren urgieren verschiedene NGOs und Institutionen inklusive der Katholischen Kirche die Erstellung eines Stufenplans. Im Österreichischen Sozialwort des ÖRK

von 2003 haben 14 christliche Kirchen die Erwartung so eines Stufenplans ausgesprochen, damit das 0,7%-Ziel möglichst rasch erreicht wird (Abs. 279). Gerade jetzt, da sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit massiv gestiegenen Lebensmittelpreisen auf die armen Länder noch wesentlich katastrophaler auswirkt als auf die Industrieländer (vergleiche das üppige Weihnachtsgeschäft in Österreich!), darf die Unterstützung der Entwicklungsländer nicht ausfallen. Es besteht die moralische Verpflichtung der Besitzenden dafür zu sorgen, dass die benachteiligten und unterprivilegierten Menschen in den Armutsgebieten der Erde zumindest das Recht auf Nahrung, Gesundheit und Bildung verwirklichen können. Die Kirchen sind hier besonders aufgerufen, ihre Stimme zu erheben und sich für die Armen und Hungernden einzusetzen. „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Geschwistern, das habt ihr mir getan“ (Matthäus 25, 40).